## S 5 RJ 498/00

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 5 RJ 498/00 Datum 28.06.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 524/01 Datum 20.01.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 28. Juni 2001 wird zur $\tilde{A}^{1}$ /4ckgewiesen.
- II. Die Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin auch für das Berufungsverfahren.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch der KlĤgerin auf Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit.

Die 1957 geborene Klägerin gibt zu ihrem Berufsleben an, von 1974 bis 1976 den Beruf einer Apothekenhelferin erlernt zu haben und anschlieÃ□end als Verkäuferin, Bedienung, Haushälterin und Kantinenarbeiterin beschäftigt gewesen zu sein. Vom Mai 1994 bis April 1996 lieÃ□ sich die Klägerin zur Altenpflegerin umschulen und arbeitete sodann in diesem Beruf am Bezirksklinikum R. bis Juni 1998. Zuletzt war sie vertraglich befristet vom 01.11.1998 bis 31.12.1999 am Bundeswehrkrankenhaus A. als Stationshilfe beschäftigt.

Nach dem von der Beklagten vorgelegten Versicherungsverlauf hat die KlĤgerin

bis zum 31.12.1983 f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r (mehr als) 60 Kalendermonate Beitragszeiten zur $\tilde{A}^{1}_{4}$ ckgelegt; die Zeit ab 01.01.1984 bis 28.06.2000 ist voll mit Pflichtbeitr $\tilde{A}$  gen belegt.

Mit Bescheid vom 13.06.2000 und Widerspruchsbescheid vom 24.07. 2000 lehnte die Beklagte den am 07.02.2000 gestellten Antrag der KlĤgerin auf Zahlung von Rente wegen Erwerbs- bzw. BerufsunfĤhigkeit ab, weil die Versicherte leichte Arbeiten ohne hĤufiges Býcken und aus wechselnder Körperhaltung noch vollschichtig verrichten könne und im Hinblick auf ihre zuletzt ausgeýbte BerufstĤtigkeit auf alle Arbeiten des allgemeinen Arbeitsmarkts verweisbar sei. Die Beklagte stýtzte sich bei ihrer Entscheidung im Wesentlichen auf ein in der Ã∏rztlichen Gutachterstelle R. erstattetes Gutachten des Arztes für Chirurgie/Unfallchirurgie, Sozialmedizin Dr. S. vom 30.05.2000, in dem bei der Klägerin als Folgen eines Sapho-Syndroms Wirbelsäulen- und Gelenkbeschwerden sowie ein Ã∏bergewicht diagnostizert wurden.

Mit der am 14.08.2000 zum Sozialgericht Regensburg (SG) erhobenen Klage verfolgte die Klägerin unter Hinweis auf die Folgen des Sapho-Syndroms ihren Rentenanspruch weiter.

Das SG zog die Rentenakten der Beklagten bei und erhob sodann  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber Gesundheitszustand und berufliches Leistungsverm $\tilde{A}^{1}$ gen der Kl $\tilde{A}$  $^{1}$ gerin Beweis durch Einholung eines medizinischen Sachverst $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{1}$ ndigengutachtens von dem Arzt f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Chirurgie-Unfallchirurgie-Physikalische Therapie Prof. PD Dr. A. (Gutachten vom 07.02.2001).

Dieser stellte bei der KlĤgerin folgende GesundheitsstĶrungen fest:
1. Rezidivierende Lumbalgien bei Sapho-Syndrom mit Befall multipler
WirbelkĶrper, der Sternoclaviculargelenke und Hauterscheinungen im Sinne einer
Pustulosis palmaris sowie Akne.

2. Hypercholesterinämie.

Der Sachverständige kam bei der Klägerin ab Mai 2000 (Diagnose des Sapho-Syndroms) auf ein unterhalbschichtiges Leistungsvermögen und wies darauf hin, dass frù⁄₄hestens in einem Jahr feststellbar sein werde, ob es auf Dauer gemindert sein wù⁄₄rde. Derzeit sei nicht entscheidbar, ob die Minderung der Erwerbsfähigkeit bis zum Ablauf dieses Zeitraums ganz oder teilweise behoben werden könne.

Der sozialĤrztliche Dienst der Beklagten, die Ä\[
\textit{lrztin fA}\]\textit{4r Chirurgie, Sozialmedizin Dr. P. vertrat dagegen in Stellungnahmen vom 22.03.2001 und 09.05.2001 weiterhin die bisherige Auffassung der Beklagten von einer vollschichtigen Einsetzbarkeit der Kl\textit{A}\textit{\textit{gerin fA}}\]\textit{4r leichte Arbeiten, w\textit{A}\textit{\textit{m}hrend Prof. Dr. A. in einer Stellungnahme vom 25.04.2001 und in einem abschlie\textit{A}\]\textit{enden Terminsgutachten vom 28.06.2001 seine hiervon abweichende Ansicht bekr\textit{A}\textit{\textit{gfte}}.

Nachdem die Klägerin beantragt hatte, die Beklagte zu verurteilen, ihr Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit nach den gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren, verurteilte das SG die Beklagte mit Urteil vom 28.06.2001, "der Klägerin Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zum 31.12.2002 unter Annahme eines zum Zeitpunkt der Rentenantragstellung eingetretenen Versicherungsfalles zu gewähren". Die Klägerin sei gegenwärtig nicht in der Lage, einer Erwerbstätigkeit in gewisser RegelmäÃ□igkeit nachzugehen, wobei durchaus begründete Annahme bestehe, dass die Minderung der Erwerbsfähigkeit in absehbarer Zeit behoben werden könne. Das SG stützte sich diesbezüglich im wesentlichen auf das Gutachten von Prof. Dr. A.; die Einwände der Beklagten seien nicht stichhaltig.

Am 11.09.2001 ging die Berufung der Beklagten gegen dieses ihr am 13.08.2001 zugestellte Urteil beim Bayer. Landessozialgericht ein. Zur Begründung trug sie mit Schriftsatz vom 27.08. 2001 unter Beifügung einer Stellungnahme von Frau Dr. P. vom 11.09.2001 im Wesentlichen vor, aus den vorliegenden medizinischen Unterlagen ergebe sich ein vollschichtiges Leistungsvermögen der Klägerin; im Ã□brigen sei vom SG keine zureichende Sachaufklärung durchgeführt worden, da eine rheumatologische und eine dermatologische Begutachtung erforderlich sei.

Der Senat zog die Klageakten des SG Regensburg, die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Leistungsakten und die Ĥrztlichen Unterlagen des Arbeitsamts A. , GeschĤftsstelle S. , bei und holte von den beiden letzten Arbeitgebern der KlĤgerin Auskļnfte ein. Sodann erholte der Senat ein medizinisches SachverstĤndigengutachten von dem Internisten und Rheumatologen Prof. Dr. H. (Gutachten vom 08.10.2002), der auftragsgemĤÄ□ ein hautĤrztliches Zusatzgutachten vom 30.06.2002 verwertete, das er bei der Kommissarischen Leiterin der Abteilung fļr Dermatologie und Allergologie des StĤdt. Krankenhauses M. Dr. A. in Auftrag gegeben hatte.

Prof. Dr. H. stellte bei der KlĤgerin folgende wesentlichen GesundheitsstĶrungen fest:

- 1. Chronisch rekurrierende multifokale Osteomyelitis bei
- 2. Sapho-Syndrom.
- 3. Adipositas permagna.

Prof. Dr. H. fýhrte aus, die Beurteilung des Leistungsvermögens sei problematisch. Insbesondere der schubförmige Verlauf der Erkrankung mache deutlich, dass eine einheitliche Aussage nicht getroffen werden könne. Zum Zeitpunkt der jetzigen Untersuchung (März 2002) hätten, wie dem Untersuchungsbefund zu entnehmen sei, keine wesentlichen funktionellen Einschränkungen bestanden. Für die symptomarmen bzw. symptomfreien Intervalle sei die Klägerin auf jeden Fall annähernd normal belastbar. Dementsprechend sei das Leistungsvermögen unter den üblichen Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses in dieser Zeit auf sechs Stunden einzuschätzen. Für die Zeit, in denen es wieder zu einer Exazerbation der Beschwerden komme, sei sicherlich nur noch eine deutlich eingeschränkte Belastbarkeit gegeben, nämlich weniger als drei Stunden. Die qualitativen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit gingen dahin, dass Arbeiten, die das Achsenskelett belasteten, also das Tragen oder Heben schwerer Lasten, zu vermeiden seien; dies gelte auch

für Zwangshaltungen. Ein Wechsel von stehender und sitzender Tätigkeit sei erforderlich. Im symptomarmen bzw. symptomfreien Intervall könne die Klägerin eine Gehstrecke vor Arbeitsbeginn von mehr als 500 Meter zu einem öffentlichen Verkehrsmittel und dann von diesem mehr als 500 Meter zum Arbeitsplatz in angemessener Geschwindigkeit zurücklegen, nach Arbeitsende in umgekehrter Reihenfolge ebenso. Für die Zeit während eines Schubes sei dies allerdings nicht möglich. Es sei Ã⅓berwiegend wahrscheinlich, dass eine Besserung des Gesundheitszustands in absehbarer Zeit eintreten werde; dafür sei ein Zeitraum von 24 bis 36 Monaten zu veranschlagen, in dem die therapeutischen MaÃ∏nahmen weitergeführt werden müssten.

Nachdem sich Frau Dr. P. in ihrer Stellungnahme vom 13.11.2002 dem Gutachten von Prof. Dr. H. nicht anschlieà en konnte und angeregt hatte, von dem behandelnden Arzt der Klà gerin die neuesten Befunde anzufordern, erholte der Senat von dem Arzt Dr. A. zwei Befundberichte, die insbesondere auch die Behandlungsdaten und die Medikation enthielten (vom 17.12. 2002 und 02.01.2003).

Unter dem 24.02.2003 wies nun Frau Dr. P. darauf hin, dass keine adäquate Medikation erfolge, und dass â∏ eine solche unterstellt â∏ von einem vollschichtigen Leistungsvermögen seit dem Zeitpunkt des Rentenantrags vom Februar 2000 auszugehen sei.

Hierzu äuÃ□erte sich Frau Dr. P. unter dem 04.11.2003 dahingehend, dass nach ihrer Auffassung bei der Klägerin immer ein grundsätzlich vollschichtiges Leistungsvermögen vorgelegen habe und auch noch vorliege mit Ausnahme von Zeiten der Arbeitsunfähigkeit im Sinn der gesetzlichen Krankenversicherung. Hierfür spreche insbesondere auch die Tätigkeit der Klägerin als Hausfrau und ihre Tätigkeit im Rahmen der Pflege ihres behinderten Lebensgefährten.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 28.06.2001 aufzuheben und die Klage

abzuweisen.

Die KlĤgerin beantragt,

die Berufung zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Wegen des Vorbringens der Beteiligten im Einzelnen und zur Ergänzung des Tatbestands wird im Ã∏brigen auf den Inhalt der beigezogenen Akten und der Akte des Bayer. Landessozialgerichts sowie auf den Inhalt der vorbereitenden Schriftsätze Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung ist unbegründet. Das Urteil des SG Regensburg vom 28.06.2001 ist nicht zu beanstanden, weil die Klägerin gegen die Beklagte vom 01.09.2000 bis 31.12.2002 Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit hat.

Der Anspruch der KlĤgerin auf Versichertenrente wegen ErwerbsunfĤhigkeit ist wegen der Antragstellung vor dem 31.03.2001 und dem Leistungsbeginn vor dem 01.01.2001 an den Vorschriften des SGB VI in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung (a.F.) zu messen, vgl. <u>ŧ 300 Abs. 2 SGB VI</u>.

Nach der Vorschrift des bis 31.12.2000 geltenden  $\frac{\hat{A}\S}{44}$  Abs. 1 Satz 1 SGB VI haben Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Renten wegen ErwerbsunfÄ $\alpha$ higkeit, wenn sie 1. erwerbsunfÄ $\alpha$ hig sind, 2. in den letzten fÄ $\alpha$ nf Jahren vor Eintritt der ErwerbsunfÄ $\alpha$ higkeit drei Jahre PflichtbeitrÄ $\alpha$ gefÄ $\alpha$ r eine versicherte BeschÄ $\alpha$ ftigung oder TÄ $\alpha$ tigkeit haben und 3. vor Eintritt der ErwerbsunfÄ $\alpha$ higkeit die allgemeine Wartezeit erfÄ $\alpha$ llt haben. Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 1 der Vorschrift bestimmt den Begriff der ErwerbsunfÄ $\alpha$ higkeit dahingehend, dass solche Versicherte erwerbsunfÄ $\alpha$ hig sind, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÄ $\alpha$ erstande sind, eine ErwerbstÄ $\alpha$ tigkeit in gewisser RegelmÄ $\alpha$ A $\alpha$ igkeit auszuÄ $\alpha$ 4ben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zu erzielen, das ein Siebtel der monatlichen BezugsgrÄ $\alpha$ A $\alpha$ 0 eine Erwerbsteigt.

Die Tatbestandsvoraussetzungen des <u>§ 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2</u> und 3 SGB VI sind (unstreitig) gegeben. Die Klägerin erfþIlt aber auch das Tatbestandsmerkmal der Nr. 1, weil sie im Sinn des zweiten Absatzes seit dem Zeitpunkt des Rentenantrags bis jedenfalls 31.12.2002 erwerbsunfähig gewesen ist. Die Klägerin konnte nämlich seit dem Zeitpunkt des Rentenantrags noch höchstens bis zu sechs Stunden täglich arbeiten und war in Zeiten stärkerer Krankheitsschübe nur weniger als drei Stunden täglich belastbar.

Dieses berufliche Leistungsvermögen der Klägerin ergibt sich vor allem aus dem im Berufungsverfahren eingeholten Gutachten des Internisten und Rheumatologen Prof. Dr. H. in Verbindung mit dem hautärztliches Zusatzgutachten der Kommissarischen Leiterin der Abteilung fÃ⅓r Dermatologie und Allergologie des Städt. Krankenhauses M. Dr. A. , aber auch â∏∏ wegen des zugrundeliegenden

persönlichen Eindrucks von der Klägerin â∏ aus dem vom SG erholten Gutachten des Arztes fÃ⅓r Chirurgie-Unfallchirurgie-Physikalische Therapie Prof. PD Dr. A â∏¦ Der Senat schlieÃ∏t sich diesen Gutachten an; die Bedenken des sozialmedizinischen Dienstes der Beklagten greifen nicht durch.

Bei der KlĤgerin liegen folgende wesentlichen GesundheitsstĶrungen vor:

- 1. Chronisch rekurrierende multifokale Osteomyelitis bei
- 2. Sapho-Syndrom.
- 3. Adipositas permagna.

Wegen des schubfĶrmige Verlaufs der Erkrankung ist eine einheitliche Aussage über die berufliche Leistungsfähigkeit nicht möglich. Für die symptomarmen bzw. symptomfreien Intervalle ist die KlAzgerin (nur) annAzhernd normal belastbar. Dementsprechend ist das LeistungsvermĶgen unter den ýblichen Bedingungen eines ArbeitsverhĤltnisses in dieser Zeit auf sechs Stunden einzuschĤtzen. Für die Zeit, in denen es wieder zu einer Exazerbation der Beschwerden kommt, ist eine wesentlich eingeschrĤnktere Belastbarkeit gegeben, nĤmlich weniger als drei Stunden. Die qualitativen EinschrÄxnkungen der LeistungsfÄxhigkeit gehen dahin, dass Arbeiten, die das Achsenskelett belasten, also das Tragen oder Heben schwerer Lasten, zu vermeiden sind; dies gilt auch fýr Zwangshaltungen. Ein Wechsel von stehender und sitzender TÄxtigkeit ist erforderlich. Im symptomarmen bzw. symptomfreien Intervall kann die KlĤgerin eine Gehstrecke vor Arbeitsbeginn von mehr als 500 Meter zu einem Ķffentlichen Verkehrsmittel und dann von diesem mehr als 500 Meter zum Arbeitsplatz in angemessener Geschwindigkeit zurücklegen, nach Arbeitsende in umgekehrter Reihenfolge ebenso. Für die Zeit während eines Schubes ist dies allerdings nicht möglich.

Die Auffassung Prof. Dr. H., das berufliche LeistungsvermĶgen der KlĤgerin sei auf hA¶chstens sechs Stunden auch in symptomarmen bzw. -freien Intervallen beschrĤnkt, ist gut begrļndet. ZunĤchst ist darauf hinzuweisen, dass Frau Dr. P. bei Abgabe ihrer Stellungnahmen der persĶnliche Eindruck von der KlĤgerin gefehlt hat, dass ihre Stellungnahmen ausschlie̸lich nach Aktenlage erfolgt sind. Zudem ist Frau Dr. P. vom Fachgebiet her â∏ worauf sie im Rahmen ihrer Stellungnahme vom 11.9.2001 indirekt hinweist â∏ als Ã∏rztin für Chirurgie fachlich nicht zustĤndig; vielmehr geht es bei den GesundheitsstĶrungen der KIägerin um rheumatologische und dermatologische Fragen; daher ist der Senat ja auch der Anregung von Frau Dr. P. gefolgt und hat entsprechende Fachgutachten erholt. Prof. Dr. H. konnte bei der KlĤgerin eine objektivierbare und damit glaubhafte Schmerzproblematik nachweisen, die eine vollschichtige Arbeitsleistung auch au̸erhalb von Zeiten der Exazerbation des Sapho-Syndroms nicht mehr zuläÃ∏t; auch würde ein Arbeitsverhältnis in Zeiten der Exazerbation immer wieder lĤnger für erhebliche Zeit unterbrochen werden, so dass die Klägerin eine Erwerbstätigkeit nicht mehr in gewisser RegelmäÃ∏igkeit ausüben kann. Das vorausgehende ununterbrochene Arbeitsleben, in dem bis zum Jahr 2000 praktisch keine krankheitsbedingten Unterbrechungen vorliegen, spricht dafÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r, dass die KlĤgerin ihre BerufstĤtigkeit tatsĤchlich erst dann aufgegeben hat, als eine solche schmerzbedingt nicht mĶglich gewesen ist.

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des SG Regensburg vom 28.06.2001 war somit zur $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 193 SGG.

Gründe, die Revision gemäÃ∏ <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 13.04.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024